

# Gesetz- und Verordnungsblatt

## für das Land Hessen

2016	Ausgegeben zu Wiesbaden am 27. Juli 2016	Nr. 9
Tag	Inhalt	Seite
14. 7. 16	<b>Gesetz über die Anpassung der Besoldung und Versorgung in Hessen 2016 (HBesVAnpG 2016)</b> ..... <i>Ändert FFN 323-153, 323-154; FFN 323-164; ändert FFN 323-159, 320-199</i>	110
14. 7. 16	<b>Zehntes Gesetz zur Verlängerung der Geltungsdauer und Änderung von Rechtsvorschriften</b> ..... <i>Ändert FFN 210-99, 212-5, 22-5, 230-7, 300-28, 331-6, 360-19, 73-25</i>	121
11. 7. 16	Verordnung zur Änderung der Heizkosten- und Energieverfahrensverordnung und der Hessischen Eichdirektions-Verordnung..... <i>Ändert FFN 514-7, 514-8</i>	123
6. 7. 16	Verordnung zur Änderung der Mehrarbeitsvergütung im Polizeivollzugsdienst..... <i>FFN 323-165; ändert FFN 323-159</i>	125
13. 7. 16	Verordnung zur Änderung der Verordnung über Zuständigkeiten in beamtenrechtlichen Personalangelegenheiten im Geschäftsbereich des Kultusministeriums..... <i>Ändert FFN 320-203</i>	127
13. 7. 16	Dritte Verordnung zur Änderung der Börsenverordnung..... <i>Ändert FFN 54-54</i>	128
14. 7. 16	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Abkommens zur Änderung des Abkommens über die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik.... <i>FFN Anhang Staatsverträge</i>	130
12. 7. 16	Veröffentlichung des Präsidenten des Hessischen Landtags über die Beträge der Entschädigungen der Abgeordneten und von Leistungen nach dem Hessischen Abgeordnetengesetz zum 1. Juli 2016..... <i>Zu FFN 12-11</i>	131

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

**Gesetz  
über die Anpassung der Besoldung und Versorgung in Hessen 2016  
(HBesVAnpG 2016)**

**Vom 14. Juli 2016**

**Artikel 1<sup>1)</sup>  
Änderung des  
Hessischen Besoldungsgesetzes**

Das Hessische Besoldungsgesetz vom 27. Mai 2013 (GVBl. S. 218, 256, 508), zuletzt geändert durch Gesetz vom 16. Dezember 2015 (GVBl. S. 594), wird wie folgt geändert:

1. In der Inhaltsübersicht wird nach der Angabe „§ 54 Sonderzuschläge zur Sicherung der Funktions- und Wettbewerbsfähigkeit“ die Angabe „§ 54a Zuschlag bei Hinausschieben des Eintritts in den Ruhestand“ eingefügt.

2. § 16 Abs. 2 und 3 werden wie folgt gefasst:

„(2) Ab 1. Juli 2016 erhöhen sich um 1 Prozent

1. die Grundgehaltssätze,
2. der Familienzuschlag,
3. die Amtszulagen,
4. die allgemeine Stellenzulage nach der Vorbemerkung Nr. 13 der Anlage I und
5. in den Fällen des § 71 die Monatsbeträge der Anlage 1 des Hessischen Besoldungs- und Versorgungsüberleitungsgesetzes vom 27. Mai 2013 (GVBl. S. 218, 346, 508), zuletzt geändert durch Gesetz vom 14. Juli 2016 (GVBl. S. 110).

Die Erhöhungen nach Satz 1 Nr. 1 und 5 betragen jeweils mindestens 35 Euro.

(3) Ab 1. Juli 2016 erhöhen sich die Anwärtergrundbeträge um 50 Euro.“

3. Die Anlagen IV bis VIII erhalten die aus den Anhängen 1 bis 5 ersichtliche Fassung.
4. Nach § 54 wird als § 54a eingefügt:

„§ 54a

Zuschlag bei Hinausschieben  
des Eintritts in den Ruhestand

(1) Bei einem Hinausschieben des Eintritts in den Ruhestand nach § 34 Abs. 1 und § 112 Abs. 6, jeweils auch in Verbindung mit § 113 Satz 1 und § 114 des Hessischen Beamtengesetzes, wird ein Zuschlag gewährt. Der Zuschlag beträgt 10 Prozent des Grundgehalts zuzüglich Amtszulage und ist nicht ruhegehaltfähig. Er wird gewährt ab Beginn des Kalendermonats, der auf den Zeitpunkt des Erreichens der Altersgrenze folgt.

(2) Bei einer Teilzeitbeschäftigung während des Hinausschiebens des Eintritts in den Ruhestand ist auf den Zuschlag nach Abs. 1 § 6 Abs. 1 anzuwenden. Zusätzlich wird ein nicht ruhegehaltfähiger Zuschlag gewährt, dessen Bemessungsgrundlage das Ruhegehalt ist, das bei Eintritt in den Ruhestand wegen Erreichens der Altersgrenze zugestanden hätte. Die Höhe des Zuschlags entspricht dem Teil des erdienten Ruhegehalts, der sich aus dem Verhältnis der Freistellung zur regelmäßigen Arbeitszeit ergibt.

(3) Berechtigt nach Abs. 1 und 2 sind Beamtinnen und Beamte in Besoldungsgruppen der Besoldungsordnungen mit aufsteigenden Gehältern. Der Zuschlag nach Abs. 1 wird frühestens ab dem 1. Juli 2016 und längstens bis zum 30. Juni 2021 gewährt.“

**Artikel 2<sup>2)</sup>**

**Änderung des Hessischen Besoldungs-  
und Versorgungsüberleitungsgesetzes**

Das Hessische Besoldungs- und Versorgungsüberleitungsgesetz vom 27. Mai 2013 (GVBl. S. 218, 346, 508), zuletzt geändert durch Gesetz vom 16. Dezember 2015 (GVBl. S. 594), wird wie folgt geändert:

1. Dem § 4 wird als Abs. 6 angefügt:

„(6) In den Fällen der Zuordnung zu der Überleitungsstufe 1 zu der Stufe 1 wird bei einer Dienstzeit bis zu 23 Monaten die zugehörige Stufe 1 des Grundgehalts spätestens nach zwei Jahren erreicht. Die Zeit für den Aufstieg in die Stufe 1 verkürzt sich um jeden vollen Monat der zurückgelegten Dienstzeit entsprechend. Bei einer Dienstzeit von 24 Monaten wird die zugehörige Stufe 1 am 1. März 2014 erreicht. Überschreitet die Dienstzeit 24 Monate, werden die über 24 Monate hinausgehenden Monate auf die maßgebende Erfahrungszeit der nächsthöheren Stufe angerechnet. Satz 1 bis 3 ist in den Fällen des Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 mit der Maßgabe anzuwenden, dass anstelle der Stufe 1 die Stufe 2 erreicht wird. Dienstzeit im Sinne des Satz 1 bis 4 ist die im Beamtenverhältnis auf Probe bis zum 28. Februar 2014 zurückgelegte Dienstzeit. Die Zeiten nach Satz 1 bis 4 werden auf volle Monate aufgerundet.“

2. Die Anlage 1 erhält die aus Anhang 6 ersichtliche Fassung.

<sup>1)</sup> Ändert FFN 323-153

<sup>2)</sup> Ändert FFN 323-154

Anhänge 1 bis 5

Anhang 6

**Artikel 3<sup>3)</sup>****Hessisches Versorgungsanpassungs-  
gesetz 2016 (HVAnpG 2016)****§ 1****Anpassung der Versorgung**

(1) Bei den versorgungsberechtigten Personen im Anwendungsbereich des Hessischen Beamtenversorgungsgesetzes vom 27. Mai 2013 (GVBl. S. 218, 312), zuletzt geändert durch Gesetz vom 14. Juli 2016 (GVBl. S. 110), gelten die Erhöhungen nach § 16 Abs. 2 und § 75 des Hessischen Besoldungsgesetzes vom 27. Mai 2013 (GVBl. S. 218, 256, 508), zuletzt geändert durch Gesetz vom 14. Juli 2016 (GVBl. S. 110), für die dort genannten Bezügebestandteile entsprechend, sofern sie Grundlage der Versorgung sind. Die Erhöhungen nach Satz 1 gelten entsprechend für andere versorgungswirksame Bezügebestandteile, soweit für diese die Teilnahme an den regelmäßigen Bezügeanpassungen nicht eingeschränkt oder ausgeschlossen ist.

(2) Versorgungsbezüge, die in festen Beträgen festgesetzt sind, werden ab 1. Juli 2016 um 0,9 Prozent erhöht.

**§ 2****Inkrafttreten, Außerkrafttreten**

Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft. Es tritt mit Ablauf des 31. Dezember 2016 außer Kraft.

**Artikel 4<sup>4)</sup>****Änderung der Hessischen  
Mehrarbeitsvergütungsverordnung**

§ 4 der Hessischen Mehrarbeitsvergütungsverordnung in der Fassung vom 3. Dezember 1998 (BGBl. I S. 3494) in der am 31. August 2006 geltenden Fassung, zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. November 2013 (GVBl. S. 578), wird wie folgt geändert:

1. In Abs. 1 wird die Angabe „11,73“ durch „11,85“, die Angabe „13,84“ durch „13,98“, die Angabe „19,01“ durch „19,20“ und die Angabe „26,21“ durch „26,47“ ersetzt.
2. Abs. 3 Satz 1 wird wie folgt geändert:
  - a) In Nr. 1 ist die Angabe „17,69“ durch „17,87“ zu ersetzen.

- b) In Nr. 2 ist die Angabe „21,93“ durch „22,15“ zu ersetzen.
- c) In Nr. 3 ist die Angabe „26,02“ durch „26,28“ zu ersetzen.
- d) In Nr. 4 und 5 ist jeweils die Angabe „30,40“ durch „30,70“ zu ersetzen.

**Artikel 5<sup>5)</sup>****Änderung des Hessischen  
Beamtenversorgungsgesetzes**

Das Hessische Beamtenversorgungsgesetz vom 27. Mai 2013 (GVBl. S. 218, 312), zuletzt geändert durch Gesetz vom 16. Dezember 2015 (GVBl. S. 594), wird wie folgt geändert:

1. § 56 Abs. 4 wird wie folgt geändert:
  - a) In Satz 1 wird die Angabe „84,21“ durch „85,05“ und die Angabe „89,48“ durch „90,37“ ersetzt.
  - b) In Satz 2 wird die Angabe „5,26“ durch „5,31“ und die Angabe „10,53“ durch „10,64“ ersetzt.
  - c) In Satz 3 wird die Angabe „52“ durch „53“ ersetzt.
2. In § 57 Abs. 4 Satz 2 werden nach der Angabe „(§ 40)“ ein Komma und die Angabe „Leistungsanreize im öffentlichen Dienst im Sinne der § 28 Abs. 4 und § 46 Abs. 1 des Hessischen Besoldungsgesetzes und vergleichbare tarifliche Leistungen im öffentlichen Dienst“ eingefügt.
3. In § 59 Abs. 3 Satz 6 wird die Angabe „6“ durch „5“ ersetzt.

**Artikel 6****Inkrafttreten**

Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft. Abweichend von Satz 1 treten

1. Art. 2 Nr. 1 und Art. 5 Nr. 3 mit Wirkung vom 1. März 2014,
2. Art. 5 Nr. 2 mit Wirkung vom 1. Januar 2015,
3. Art. 4 mit Wirkung vom 1. Juli 2016 in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte der Landesregierung sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt.  
Es ist im Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Hessen zu verkünden.

Wiesbaden, den 14. Juli 2016

Der Hessische Ministerpräsident  
Bouffier

Der Hessische Minister  
des Innern und für Sport  
Beuth

<sup>3)</sup> FFN 323-164  
<sup>4)</sup> Ändert FFN 323-159  
<sup>5)</sup> Ändert FFN 320-199

Anhang 1  
zu Art. 1 des Gesetzes über die Anpassung der Besoldung und Versorgung in Hessen 2016

Anlage IV

1. Besoldungsordnung A

Gültig ab 1. Juli 2016

**Grundgehaltstabelle für die Besoldungsgruppen der Besoldungsordnung A**

Besoldungs- gruppe	Grundgehalt (Monatsbeträge in Euro)															
	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 4	Stufe 5	Stufe 6	Stufe 7	Stufe 8								
A 5	1 955,67	1 995,69	2 019,28	2 071,61	2 122,91	2 175,24	2 227,56	2 279,89								
A 6	2 000,82	2 050,06	2 098,29	2 157,79	2 219,35	2 278,86	2 345,55	2 401,98								
A 7	2 087,00	2 125,99	2 185,50	2 277,84	2 368,12	2 458,41	2 526,13	2 594,87								
A 8	2 214,22	2 267,58	2 350,68	2 467,65	2 583,58	2 666,69	2 748,77	2 830,85								
A 9	2 351,71	2 407,11	2 499,45	2 629,75	2 746,72	2 844,19	2 932,42	3 017,58								
A 10	2 526,13	2 577,43	2 738,51	2 898,57	3 055,54	3 170,46	3 281,26	3 393,10								
A 11	2 906,77	3 002,19	3 166,35	3 332,56	3 441,32	3 559,55	3 674,58	3 789,60								
A 12	3 123,26	3 244,33	3 441,32	3 638,31	3 770,95	3 911,88	4 048,67	4 187,53								
A 13	3 647,64	3 779,24	3 964,73	4 150,22	4 278,71	4 407,22	4 535,71	4 661,10								
A 14	3 840,38	4 023,80	4 265,25	4 504,62	4 669,39	4 836,22	5 000,99	5 167,83								
A 15	4 710,84	4 856,95	5 021,72	5 187,52	5 352,28	5 516,01	5 679,75	5 842,44								
A 16	5 202,03	5 377,15	5 566,79	5 757,46	5 946,06	6 137,77	6 327,41	6 514,96								
Aufstiegs- intervalle	2 Jahre	3 Jahre	3 Jahre	3 Jahre	4 Jahre	4 Jahre	4 Jahre	Endgrund- gehalt (nach 23 Jahren)								

**2. Besoldungsordnung B****Anlage IV****Gültig ab 1. Juli 2016****Grundgehaltstabelle für die Besoldungsgruppen der Besoldungsordnung B**

Besoldungs- gruppe	Grundgehalt (Monatsbeträge in Euro)
B 1	5 841,86
B 2	6 795,98
B 3	7 199,89
B 4	7 622,92
B 5	8 108,30
B 6	8 566,62
B 7	9 012,46
B 8	9 477,15
B 9	10 054,14
B 10	11 845,82
B 11	12 307,64

**3. Besoldungsordnung W****Anlage IV****Gültig ab 1. Juli 2016****Grundgehaltstabelle für die Besoldungsgruppen der Besoldungsordnung W**

Besoldungs- gruppe	Grundgehalt (Monatsbetrag in Euro)
W 1	4 048,04

Besoldungs- gruppe	Grundgehalt (Monatsbeträge in Euro)				
	Stufen mit jeweils fünfjährigen professoralen Erfahrungszeiten				
	1	2	3	4	5
W 2	5 082,11	5 273,48	5 464,86	5 656,24	5 847,62
W 3	5 634,97	5 847,62	6 070,89	6 294,16	6 515,31

Besoldungs- gruppe	Grundgehalt (Monatsbeträge in Euro)
W L1	5 634,97
W L2	6 166,58
W L3	7 548,74

Anlage IV

4. Besoldungsordnung R

Gültig ab 1. Juli 2016

Grundgehaltstabelle für die Besoldungsgruppen der Besoldungsordnung R

Besoldungsgruppe	Grundgehalt (Monatsbeträge in Euro)												Endgrundgehalt (nach 22 Jahren)
	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 4	Stufe 5	Stufe 6	Stufe 7	Stufe 8	Stufe 9	Stufe 10	Stufe 11	Stufe 12	
R 1	3 733,04	3 846,39	3 935,11	4 163,98	4 392,82	4 621,68	4 850,53	5 079,38	5 308,22	5 537,09	5 765,93	5 994,80	
R 2			4 550,19	4 711,78	4 940,64	5 169,49	5 398,36	5 627,19	5 856,08	6 084,90	6 313,77	6 542,60	
Aufstiegsintervalle	2 Jahre	2 Jahre	2 Jahre	2 Jahre	2 Jahre	2 Jahre	2 Jahre	2 Jahre	2 Jahre	2 Jahre	2 Jahre	2 Jahre	

  

R 3	7 199,89
R 4	7 622,92
R 5	8 108,30
R 6	8 566,62
R 7	9 012,46
R 8	9 477,15

**Anhang 2**  
**zu Art. 1 des Gesetzes über die Anpassung der Besoldung und Versorgung**  
**in Hessen 2016**

**Anlage V**

**Gültig ab 1. Juli 2016**

**Familienzuschlag**  
(Monatsbeträge in Euro)

<b>Stufe 1</b>	<b>Stufe 2</b>	<b>Stufe 3</b>	<b>Stufe 4</b>
(§ 43 Abs. 1 des Hessischen Besoldungsgesetzes)	(§ 43 Abs. 2 des Hessischen Besoldungsgesetzes)	(§ 43 Abs. 2 des Hessischen Besoldungsgesetzes)	(§ 43 Abs. 2 des Hessischen Besoldungsgesetzes)
125,16	232,21	339,26	672,80

Der kinderbezogene Anteil im Familienzuschlag beträgt für die ersten beiden zu berücksichtigenden Kinder jeweils 107,05 Euro und für das dritte und jedes weitere zu berücksichtigende Kind jeweils 333,54 Euro.

**Erhöhungsbeträge für die Besoldungsgruppe A 5**

Der Familienzuschlag der Stufe 2 erhöht sich für das erste zu berücksichtigende Kind in der Besoldungsgruppe A 5 um je 6,07 Euro und für das zweite und jedes weitere zu berücksichtigende Kind um 18,24 Euro.

Soweit dadurch im Einzelfall die Besoldung hinter derjenigen aus einer niedrigeren Besoldungsgruppe zurückbleibt, wird der Unterschiedsbetrag zusätzlich gewährt.



**Anhang 3**  
**zu Art. 1 des Gesetzes über die Anpassung der Besoldung und Versorgung**  
**in Hessen 2016**

**Anlage VI**

**Gültig ab 1. Juli 2016**

**Anwärtergrundbetrag**  
(Monatsbeträge in Euro)

Eingangsamt, in das die Anwärterin oder der Anwärter nach Abschluss des Vorbereitungsdienstes unmittelbar eintritt	Grundbetrag
A 5	957,59
A 6 bis A 8	1 078,83
A 9 bis A 11	1 133,04
A 12	1 273,39
A 13	1 305,33
A 13 + Zulage (Nr. 13 Abs. 1 Nr. 3 der Vorbemerkungen zu den Besoldungsordnungen A und B)	1 340,39

**Anhang 4**  
**zu Art. 1 des Gesetzes über die Anpassung der Besoldung und Versorgung**  
**in Hessen 2016**

Gültig ab 1. Juli 2016

Anlage VII

**Amts- und Stellenzulagen sowie sonstige Zulagen**  
(Monatsbeträge)

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Prozent	Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Prozent
<b>Besoldungsordnungen A und B</b>		<b>Besoldungsordnungen A und B</b>	
Vorbemerkungen		Besoldungsgruppen	Fußnote
Nr. 3 Abs. 1		A 5	3 36,37
Nr. 1	379,17		4 67,06
Nr. 2	303,34	A 7	6 50 Prozent des
Nr. 3 Abs. 5	105,33		jeweiligen Unter-
Nr. 3 Abs. 6	78,99		schiedsbetrages
			zum Grundgehalt
Nr. 5			der Besoldungs-
A 6 bis A 9	157,99	A 9	1, 2 270,74
A 10 und höher	197,48	A 10	2 298,50
Nr. 6 und 7		A 12	4 157,27
nach einer Dienstzeit		A 13	1, 8, 9 275,14
von einem Jahr	65,60		3, 4 188,64
von zwei Jahren	131,20		5 94,36
Nr. 8	98,40	A 14	4 188,64
Nr. 9	39,50	A 15	4 188,64
Nr. 10		A 16	1, 8 210,97
mittlerer Dienst	17,56	B 9	1 781,61
gehobener Dienst	39,50	Präsidentin, Präsident	5 Prozent des
Nr. 11		des Justizprüfungsamtes	Grundgehalts der
Abs. 1	78,99		Besoldungsgruppe B 4*
Abs. 2	51,13	* Nach Maßgabe des § 3 Abs. 3 Satz 2 des	
Abs. 3	76,69	Juristenausbildungsgesetzes in der Fassung vom 15. März 2004	
Abs. 4	76,69	(GVBl. I S. 158), zuletzt geändert durch Gesetz vom 27. Mai 2013	
Abs. 5	78,99	(GVBl. S. 218, 368).	
Nr. 12	373,67	<b>Besoldungsordnung R</b>	
Nr. 13 Abs. 1		Besoldungsgruppen	Fußnote
Nr. 1		R 1	1, 2 208,55
Buchst. a	19,47	R 2	4 bis 10, 12 208,55
Buchst. b	76,17	R 3	3 208,55
Nr. 2	84,67	<b>Anhang zu den Besoldungsordnungen A und B</b>	
Nr. 3	84,67	Künftig wegfallende Ämter und Amtsbezeichnungen	
<b>Besoldungsordnung W</b>		Besoldungsgruppen	Fußnote
Vorbemerkungen		A 4	1 67,06
Nr. 4			2 36,37
wenn ein Amt ausgeübt wird		A 12	2 157,27
der Besoldungsgruppe R 1	205,54	A 13	1, 3 188,64
der Besoldungsgruppe R 2	230,08		5 94,36
<b>Besoldungsordnung R</b>		A 14	2, 3, 4, 5 188,64
Vorbemerkung		A 15	1 188,64
Nr. 2	76,69	<b>Hessisches Hochschulgesetz</b>	
		§ 101 Abs. 4 Satz 2 260,00	

Anhang 5 zu Art. 1 des Gesetzes über die Anpassung der Besoldung und Versorgung in Hessen 2016

Anlage VIII

Gültig ab 1. Juli 2016

Besoldungsordnung C

Grundgehaltstabelle für die Besoldungsgruppen der Besoldungsordnung C  
Grundgehaltssätze (Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	Stufe														
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
C 1	3 203,31	3 314,55	3 425,80	3 537,04	3 649,39	3 761,75	3 874,08	3 986,44	4 098,77	4 211,12	4 323,47	4 435,84	4 548,17	4 660,52	
C 2	3 210,25	3 387,52	3 565,10	3 744,16	3 923,20	4 102,26	4 281,30	4 460,33	4 639,37	4 818,43	4 997,44	5 176,51	5 355,55	5 534,61	5 713,65
C 3	3 531,48	3 734,18	3 936,94	4 139,65	4 342,39	4 545,14	4 747,84	4 950,58	5 153,30	5 356,04	5 558,76	5 761,47	5 964,21	6 166,95	6 369,68
C 4	4 485,87	4 689,65	4 893,47	5 097,27	5 301,08	5 504,86	5 708,65	5 912,42	6 116,23	6 320,01	6 523,82	6 727,60	6 931,40	7 135,18	7 338,99

Amtszulagen, Stellenzulagen, Zulagen, Vergütungen  
(Monatsbeträge) – in der Reihenfolge der Gesetzesstellen -

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Prozent, Bruchteil	Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Prozent, Bruchteil	Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Prozent, Bruchteil
Hessisches Besoldungsgesetz § 70 Abs. 4	76,69	Bundesbesoldungsordnung C Vorbemerkung	Nr. 3 Die Zulage beträgt	Bundesbesoldungsordnung C Vorbemerkung	Nr. 5 wenn ein Amt ausgeübt wird der Besoldungsgruppe R 1 der Besoldungsgruppe R 2
Bundesbesoldungsordnung C Vorbemerkung	84,67	Nr. 2b	für Beamtinnen und Beamte der Besoldungsgruppen C 1 C 2 C 3 und C 4	Besoldungsgruppe Fußnote C 2	211,71 236,98 107,45
					*) Nach Maßgabe des Art. 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes vom 18. Dezember 1975 (BGBl. I. S. 3091)

Anhang 6  
zu Art. 2 des Gesetzes über die Anpassung der Besoldung und Versorgung in Hessen 2016

Anlage 1

Besoldungsordnung A

Gültig ab 1. Juli 2016

## Überleitungsstabelle für die Besoldungsgruppen der Besoldungsordnung A

Besoldungsgruppe	Grundgehalt (Monatsbeträge in Euro)															
	Überleitungsstufe 1 zu Stufe 1	Stufe 1	Überleitungsstufe zu Stufe 2	Stufe 2	Überleitungsstufe zu Stufe 3	Stufe 3	Überleitungsstufe zu Stufe 4	Stufe 4	Überleitungsstufe zu Stufe 5	Stufe 5	Überleitungsstufe zu Stufe 6	Stufe 6	Überleitungsstufe zu Stufe 7	Stufe 7	Überleitungsstufe zu Stufe 8	Stufe 8
A 5	1 899,24	1 955,67	1 966,96	1 995,69	2 019,28	2 071,61	2 122,91	2 175,24	2 227,56	2 279,89						
A 6	1 943,36	2 000,82	2 058,27	2 050,06	2 098,29	2 157,79	2 173,18	2 219,35	2 278,86	2 345,55	2 401,98					
A 7	2 027,49	2 087,00	2 151,64	2 125,99	2 185,50	2 277,84	2 295,28	2 439,94	2 458,41	2 526,13	2 594,87					
A 8	2 152,66	2 214,22	2 308,56	2 267,58	2 350,68	2 467,65	2 491,24	2 666,69	2 645,14	2 748,77	2 830,85					
A 9	2 291,17	2 351,71	2 450,20	2 407,11	2 499,45	2 548,70	2 629,75	2 814,43	2 844,19	2 932,42	3 017,58					
A 10	2 465,59	2 526,13	2 549,73	2 577,43	2 738,51	2 808,15	2 898,57	3 170,46	3 139,68	3 224,83	3 308,97					
A 11	2 837,01	2 906,77	2 966,28	3 002,19	3 166,35	3 225,86	3 332,56	3 559,55	3 527,50	3 615,51	3 702,56					
A 12	3 048,36	3 123,26	3 202,26	3 244,33	3 441,32	3 511,09	3 667,32	3 911,88	3 875,61	3 979,24	4 083,90					
A 13	3 425,93	3 647,64	3 762,66	3 779,24	3 964,73	4 099,45	4 211,36	4 407,22	4 324,32	4 436,23	4 549,18					
A 14	3 564,73	3 840,38	4 002,03	4 023,80	4 265,25	4 439,33	4 584,41	4 836,22	4 730,53	4 875,60	5 021,72					
A 15	4 641,40	4 710,84	4 856,95	4 856,95	5 021,72	5 073,53	5 187,52	5 457,98	5 352,28	5 516,01	5 679,75					
A 16	5 125,35	5 202,03	5 377,15	5 377,15	5 566,79	5 625,85	5 757,46	6 070,41	6 070,41	6 293,21	6 514,96					

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

**Zehntes Gesetz  
zur Verlängerung der Geltungsdauer und Änderung von Rechtsvorschriften  
Vom 14. Juli 2016**

**Artikel 1<sup>1)</sup>**

**Änderung des Gesetzes zur Errichtung  
der Informationstechnik-Stelle der  
hessischen Justiz (IT-Stelle) und zur  
Regelung justizorganisatorischer  
Angelegenheiten**

Das Gesetz zur Errichtung der Informationstechnik-Stelle der hessischen Justiz (IT-Stelle) und zur Regelung justizorganisatorischer Angelegenheiten vom 16. Dezember 2011 (GVBl. I S. 778) wird wie folgt geändert:

1. In § 2 Satz 1 wird die Angabe „geändert durch Gesetz vom 16. Dezember 2011 (GVBl. I S. 778)“ durch „zuletzt geändert durch Gesetz vom 27. Mai 2013 (GVBl. S. 218)“ ersetzt.
2. In § 8 Satz 2 wird die Angabe „2016“ durch „2021“ ersetzt.

**Artikel 2<sup>2)</sup>**

**Änderung des Hessischen Gesetzes  
zur Ausführung der  
Verwaltungsgerichtsordnung**

In Nr. 10.4 der Anlage des Hessischen Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung in der Fassung vom 27. Oktober 1997 (GVBl. I S. 381), zuletzt geändert durch Gesetz vom 28. September 2015 (GVBl. S. 346), wird die Angabe „30. Juli 2009 (BGBl. I S. 2449), und“ durch „19. Februar 2016 (BGBl. I S. 254), in der jeweils geltenden Fassung und“ und die Angabe „30. Juli 2009 (BGBl. I S. 2449);“ durch „21. Dezember 2015 (BGBl. I S. 2517), in der jeweils geltenden Fassung;“ ersetzt.

**Artikel 3<sup>3)</sup>**

**Änderung des  
Hessischen Richtergesetzes**

§ 14 des Hessischen Richtergesetzes in der Fassung vom 11. März 1991 (GVBl. I S. 54), zuletzt geändert durch Gesetz vom 15. Dezember 2015 (GVBl. S. 606), wird wie folgt geändert:

1. In Abs. 1 Satz 1 werden nach der Angabe „(GVBl. I S. 397)“ ein Komma und die Angabe „zuletzt geändert durch Gesetz vom 16. Dezember 2015 (GVBl. S. 594)“ eingefügt.
2. Als neuer Abs. 2 wird eingefügt:
 

„(2) Abs. 1 gilt nicht für Mitglieder des Richterwahlausschusses, die Mitglieder des Landtags sind.“
3. Der bisherige Abs. 2 wird Abs. 3.

<sup>1)</sup> Ändert FFN 210-99

<sup>2)</sup> Ändert FFN 212-5

<sup>3)</sup> Ändert FFN 22-5

<sup>4)</sup> Ändert FFN 230-7

<sup>5)</sup> Ändert FFN 300-28

<sup>6)</sup> Ändert FFN 331-6

<sup>7)</sup> Ändert FFN 360-19

<sup>8)</sup> Ändert FFN 73-25

**Artikel 4<sup>4)</sup>**

**Änderung des EGBGB-  
Zuständigkeitsbestimmungsgesetzes**

Das EGBGB-Zuständigkeitsbestimmungsgesetz vom 28. März 2012 (GVBl. S. 50, 56) wird wie folgt geändert:

1. In § 1 wird die Angabe „27. Juli 2011 (BGBl. I S. 1600, 1942)“ durch „11. März 2016 (BGBl. I S. 396)“ ersetzt.
2. § 2 Satz 2 wird aufgehoben.

**Artikel 5<sup>5)</sup>**

**Änderung des Hessischen  
Datenschutzgesetzes**

Das Hessische Datenschutzgesetz in der Fassung vom 7. Januar 1999 (GVBl. I S. 98), zuletzt geändert durch Gesetz vom 16. Dezember 2015 (GVBl. S. 594), wird wie folgt geändert:

1. § 24 Abs. 4 wird wie folgt geändert:
  - a) In Nr. 1 wird die Angabe „14. August 2009 (BGBl. I S. 2814)“ durch „25. Februar 2015 (BGBl. I S. 162)“ ersetzt.
  - b) In Nr. 2 Buchst. b wird die Angabe „31. Mai 2010 (BGBl. I S. 692)“ durch „17. Juli 2015 (BGBl. I S. 1324)“ ersetzt.
2. In § 42 Satz 2 wird die Angabe „22. Dezember 2010 (BGBl. I S. 2248)“ durch „21. Dezember 2015 (BGBl. I S. 2490)“ ersetzt.
3. In § 44 Satz 2 wird die Angabe „2016“ durch „2018“ ersetzt.

**Artikel 6<sup>6)</sup>**

**Änderung des Eigenbetriebsgesetzes**

In § 34 des Eigenbetriebsgesetzes in der Fassung vom 9. Juni 1989 (GVBl. I S. 154), zuletzt geändert durch Gesetz vom 16. Dezember 2011 (GVBl. I S. 786), wird die Angabe „2016“ durch „2024“ ersetzt.

**Artikel 7<sup>7)</sup>**

**Änderung des Hessischen  
Landesplanungsgesetzes**

In § 15 Abs. 4 Satz 5 des Hessischen Landesplanungsgesetzes vom 12. Dezember 2012 (GVBl. S. 590) wird die Angabe „2,5“ durch „3“ ersetzt.

**Artikel 8<sup>8)</sup>**

**Änderung des Hessischen  
Ausführungsgesetzes zum  
Berufsbildungsgesetz**

Das Hessische Ausführungsgesetz zum Berufsbildungsgesetz vom 18. Dezember

2006 (GVBl. I S. 690), geändert durch Gesetz vom 16. September 2011 (GVBl. I S. 402), wird wie folgt geändert:

1. In § 1 werden die Wörter „Die Ministerin oder der Minister des Innern und für Sport“ durch „Die für die Durchführung des Berufsbildungsgesetzes im öffentlichen Dienst zuständige Ministerin oder der hierfür zuständige Minister“ und die Angabe „Gesetz

vom 5. Februar 2009 (BGBl. I S. 160)“ durch „Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474)“ ersetzt.

2. § 2 Satz 2 wird aufgehoben.

#### **Artikel 9**

#### **Inkrafttreten**

Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

---

Die verfassungsmäßigen Rechte der Landesregierung sind gewahrt.  
Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt.  
Es ist im Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Hessen zu verkünden.

Wiesbaden, den 14. Juli 2016

Der Hessische Ministerpräsident  
Bouffier

Die Hessische Ministerin  
der Justiz  
Kühne-Hörmann

Der Hessische Minister  
des Innern und für Sport  
Beuth

Der Hessische Minister  
für Wirtschaft, Energie,  
Verkehr und  
Landesentwicklung  
Al-Wazir

## Verordnung zur Änderung der Heizkosten- und Energieverfahrensverordnung und der Hessischen Eichdirektions-Verordnung

Vom 11. Juli 2016

Aufgrund

1. des § 7 Abs. 2 und § 7b Abs. 4 Nr. 1 des Energieeinsparungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. September 2005 (BGBl. I S. 2684), zuletzt geändert durch Gesetz vom 4. Juli 2013 (BGBl. I S. 2197),
2. des § 1 Satz 1 des Gesetzes zur Bestimmung von Zuständigkeiten vom 3. April 1998 (GVBl. I S. 98), zuletzt geändert durch Gesetz vom 13. Dezember 2012 (GVBl. S. 622),
3. des § 36 Abs. 2 Satz 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Februar 1987 (BGBl. I S. 602), zuletzt geändert durch Gesetz vom 13. Mai 2015 (BGBl. I S. 706),

verordnet die Landesregierung, soweit der Ingenieurkammer Hessen Aufgaben als Kontrollstelle nach § 26d der Energieeinsparverordnung vom 24. Juli 2007 (BGBl. I S. 1519), zuletzt geändert durch Verordnung vom 24. Oktober 2015 (BGBl. I S. 1789), übertragen werden, nach Erörterung mit dem Vorstand der Ingenieurkammer,

4. des § 6 Nr. 1 des EAH-Gesetzes vom 15. Dezember 2009 (GVBl. I S. 716, 717), geändert durch Gesetz vom 28. September 2014 (GVBl. S. 218),

verordnet der Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung:

### Artikel 1<sup>1)</sup>

#### Änderung der Heizkosten- und Energieverfahrensverordnung

Die Heizkosten- und Energieverfahrensverordnung vom 3. Februar 2009 (GVBl. I S. 30, 38), zuletzt geändert durch Verordnung vom 3. November 2014 (GVBl. S. 269), wird wie folgt geändert:

1. § 2 wird wie folgt geändert:
  - a) In Abs. 1 wird die Angabe „18. November 2013 (BGBl. I S. 3951)“ durch „24. Oktober 2015 (BGBl. I S. 1789)“ ersetzt.
  - b) In Abs. 2 Satz 1 werden nach dem Wort „Fassung“ die Wörter „der Bekanntmachung“ eingefügt und die Angabe „13. Dezember 2012 (GVBl. S. 622)“ durch „30. November 2015 (GVBl. S. 457)“ ersetzt.
  - c) Als Abs. 4 wird angefügt:
 

„(4) Zuständige Kontrollstellen für die Überprüfung der Stichpro-

ben von Energieausweisen nach § 26d Abs. 4 Nr. 2 und 3 (Prüfstufe 2 und 3) und von Inspektionsberichten über Klimaanlage nach § 26d Abs. 1 der Energieeinsparverordnung sind die Ingenieurkammer Hessen und die Architekten- und Stadtplanerkammer Hessen. Sie nehmen die Überprüfung der Stichproben nach Maßgabe der obersten Bauaufsichtsbehörde wahr. Die Kammern können zur Erfüllung ihrer Aufgaben Sachverständige heranziehen.“

2. Dem § 4 wird folgender Satz angefügt:
 

„§ 2 Abs. 4 tritt mit Ablauf des 29. Februar 2020 außer Kraft.“

### Artikel 2<sup>2)</sup>

#### Änderung der Hessischen Eichdirektions-Verordnung

Die Hessische Eichdirektions-Verordnung vom 5. Oktober 2011 (GVBl. I S. 661), zuletzt geändert durch Gesetz vom 25. November 2014 (GVBl. S. 294), wird wie folgt geändert:

1. § 1 Abs. 1 wird wie folgt gefasst:
 

„(1) Die Hessische Eichdirektion ist zuständige Behörde für

  1. die Durchführung
    - a) des Mess- und Eichgesetzes vom 25. Juli 2013 (BGBl. I S. 2722, 2723), zuletzt geändert durch Gesetz vom 11. April 2016 (BGBl. I S. 718),
    - b) des Einheiten- und Zeitgesetzes,
    - c) des Energieverbrauchsrelevante-Produkte-Gesetzes vom 27. Februar 2008 (BGBl. I S. 258), zuletzt geändert durch Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474),
    - d) der Marktüberwachung nach dem Textilkennzeichnungsgesetz vom 15. Februar 2016 (BGBl. I S. 198),
    - e) der Marktüberwachung nach Kapitel III Abschnitt 1 der Verordnung (EG) Nr. 765/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. Juli 2008 über die Vorschriften für die Akkreditierung und Marktüberwachung im Zusammenhang mit der Vermarktung von Produkten und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 339/93 des Rates (ABl. EU Nr. L 218 S. 30) in Verbindung mit dem

<sup>1)</sup> Ändert FFN 514-7

<sup>2)</sup> Ändert FFN 514-8

- Kristallglaskennzeichnungsgesetz vom 25. Juni 1971 (BGBl. I S. 857), zuletzt geändert durch Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474),
- f) des Energieverbrauchskennzeichnungsgesetzes vom 10. Mai 2012 (BGBl. I S. 1070), zuletzt geändert durch Gesetz vom 10. Dezember 2015 (BGBl. I S. 2194), und der die Sachbereiche des Energieverbrauchskennzeichnungsgesetzes betreffenden Verordnungen der Europäischen Union,
- g) der aufgrund der in Buchst. a bis c und f genannten Gesetze erlassenen Rechtsverordnungen, soweit dort nichts anderes bestimmt ist,
2. die Überwachung der Einhaltung von unmittelbar geltenden Rechtsakten der Europäischen Union auf dem Gebiet des Mess- und Eichwesens, der umweltgerechten Gestaltung und Kennzeichnung energieverbrauchsrelevanter Produkte und der Textilkennzeichnung.“
2. § 2 wird wie folgt geändert:
- a) Abs. 1 Satz 1 wird wie folgt geändert:
- aa) Nr. 1 wird wie folgt gefasst:
- „1. auf staatliche Anerkennung einer Prüfstelle nach § 42 der Mess- und Eichverordnung vom 11. Dezember 2014 (BGBl. I S. 2010, 2011), geändert durch Verordnung vom 22. Juni 2016 (BGBl. I S. 1478), und“
- bb) In Nr. 2 wird das Wort „Energiebetriebene“ durch „Energieverbrauchsrelevante“ ersetzt.
- cc) Die Angabe „§ 1 Satz 1 Nr. 1 und 3“ wird durch „§ 1 Abs. 1 Nr. 1 Buchst. a und c“ ersetzt.
- b) In Abs. 2 wird die Angabe „den §§ 64a, 66 Abs. 1 und § 72 Abs. 1 der Eichordnung“ durch „§ 54 Abs. 1 Mess- und Eichverordnung“ ersetzt.
3. § 3 wird wie folgt geändert:
- a) In Nr. 1 wird die Angabe „26“ durch „27“ ersetzt.
- b) In Nr. 6 wird die Angabe „Gesetz vom 10. Mai 2012 (BGBl. I S. 1070)“ durch „Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474)“ ersetzt.
- c) Nr. 8 wird wie folgt gefasst:
- „8. § 12 des Textilkennzeichnungsgesetzes,“
- d) In Nr. 9 wird die Angabe „vom 25. Juni 1971 (BGBl. I S. 857), zuletzt geändert durch Gesetz vom 6. Juni 2013 (BGBl. I S. 1482),“ gestrichen.
- e) In Nr. 10 wird die Angabe „Gesetz vom 25. April 2007 (BGBl. I S. 594)“ durch „Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474)“ ersetzt.

### Artikel 3

#### Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Wiesbaden, den 11. Juli 2016

Hessische Landesregierung

Der Ministerpräsident  
Bouffier

Der Minister  
für Wirtschaft, Energie, Verkehr  
und Landesentwicklung

Al-Wazir



**Verordnung  
zur Änderung der Mehrarbeitsvergütung im Polizeivollzugsdienst  
Vom 6. Juli 2016**

Aufgrund des § 56a Abs. 2 des Hessischen Besoldungsgesetzes vom 27. Mai 2013 (GVBl. S. 218, 256, 508), zuletzt geändert durch Gesetz vom 16. Dezember 2015 (GVBl. S. 594), verordnet der Minister des Innern und für Sport:

**Artikel 1<sup>1)</sup>**

**Hessische Verordnung über die  
Gewährung einer Vergütung für Mehrarbeit der Polizeivollzugsbeamtinnen  
und Polizeivollzugsbeamten  
(Hessische Polizeimehrarbeitsvergütungsverordnung – HPolMVergV)**

§ 1

Geltungsbereich

(1) Diese Verordnung regelt die Gewährung von Mehrarbeitsvergütung für die Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamten im Geltungsbereich des Hessischen Beamtengesetzes.

(2) Auf die von Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamten an der Hessischen Hochschule für Polizei und Verwaltung geleistete Mehrarbeit findet die Hessische Mehrarbeitsvergütungsverordnung in der Fassung vom 3. Dezember 1998 (BGBl. I S. 3494) in der am 31. August 2006 geltenden Fassung, zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. November 2013 (GVBl. S. 578), Anwendung.

§ 2

Voraussetzungen

(1) Die Mehrarbeitsvergütung kann nur gewährt werden, wenn die Mehrarbeit

1. dienstlich angeordnet oder genehmigt worden ist,
2. die sich aus der regelmäßigen Arbeitszeit ergebende jeweilige monatliche Arbeitszeit oder, soweit die Polizeivollzugsbeamtin oder der Polizeivollzugsbeamte nur während eines Teils eines Kalendermonats Dienst leistet, die anteilige monatliche Arbeitszeit im Kalendermonat übersteigt und
3. aus zwingenden dienstlichen Gründen nicht durch entsprechende Dienstbefreiung innerhalb von zwölf Monaten ausgeglichen werden kann.

Abweichend von Satz 1 Nr. 3 kann Mehrarbeitsvergütung bereits vor Ablauf von zwölf Monaten nach Ableistung der Mehrarbeit gewährt werden, wenn schon bei ihrer Anordnung oder Genehmigung anzunehmen ist, dass sie nicht durch Dienstbefreiung ausgeglichen werden kann.

(2) Sofern aufgrund eines Bereitschaftsdienstes oder aufgrund der nach

§ 7 Abs. 2 Satz 2 der Hessischen Polizeiarbeitszeitverordnung vom 11. Dezember 2009 (GVBl. I S. 749), geändert durch Verordnung vom 21. Februar 2013 (GVBl. S. 89), auszugleichenden Rufbereitschaft die regelmäßige Arbeitszeit überschritten wird, können diese Zeiten entsprechend Abs. 1 vergütet werden.

§ 3

Höchstgrenze

Von den in einem Kalenderjahr angefallenen Mehrarbeitsstunden dürfen höchstens bis zu 416 Stunden unter Berücksichtigung der sich aus § 2 Abs. 2 der Hessischen Polizeiarbeitszeitverordnung ergebenden Grenzen hinsichtlich der höchstzulässigen Arbeitszeit vergütet werden. Die über die in Satz 1 vorgesehene Höchstgrenze hinausgehenden Mehrarbeitsstunden können ausnahmsweise vergütet werden, sofern die Arbeitszeit aufgrund einer Regelung nach § 2 Abs. 3 der Hessischen Polizeiarbeitszeitverordnung in einem Bezugszeitraum von zwölf Monaten im Durchschnitt mehr als 48 Stunden im Siebentageszeitraum beträgt.

§ 4

Allgemeine Regelungen

(1) Als Mehrarbeitsstunde gilt eine Zeitstunde.

(2) Ergibt sich bei der monatlichen Mehrarbeitsstundenberechnung ein Bruchteil einer Stunde, so werden 30 Minuten und mehr auf eine volle Stunde aufgerundet, weniger als 30 Minuten bleiben unberücksichtigt.

(3) Eine Mehrarbeitsvergütung wird nicht gewährt neben Auslandsdienstbezügen nach § 57 Abs. 1 des Hessischen Besoldungsgesetzes und einem Auslandsverwendungszuschlag nach § 57 Abs. 2 des Hessischen Besoldungsgesetzes.

§ 5

Höhe der Mehrarbeitsvergütung

(1) Die Mehrarbeitsvergütung beträgt je Stunde bei Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamten

1. in den Besoldungsgruppen
  - a) A 7 bis A 8 13,84 Euro,
  - b) A 9 bis A 12 19,01 Euro,
2. in den Besoldungsgruppen A 13 bis A 16 und der Besoldungsordnung B 26,21 Euro.

Maßgeblich ist die Besoldungsgruppe zum Zeitpunkt der geleisteten Mehrarbeit.

(2) Teilzeitbeschäftigte Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamte

<sup>1)</sup> FFN 323-165

erhalten bis zum Erreichen der regelmäßigen Arbeitszeit der entsprechend vollzeitbeschäftigten Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamten für jede volle zusätzliche Stunde die anteilige Besoldung in Höhe des auf eine Stunde entfallenden Anteils der Besoldung von entsprechend vollzeitbeschäftigten Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamten. Mehrarbeit, die über die regelmäßige Arbeitszeit von entsprechend vollzeitbeschäftigten Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamten hinausgeht, wird nach Abs. 1 vergütet.

(3) Zur Ermittlung der auf eine Stunde entfallenden anteiligen Besoldung ist der Monatsbetrag der Besoldung der entsprechend vollzeitbeschäftigten Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamten durch das 4,348-fache der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit der entsprechend vollzeitbeschäftigten Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamten zu teilen. Die vermögenswirksamen Leistungen nach § 1 Abs. 3 Nr. 3 des Hessischen Besoldungsgesetzes zählen nicht zur Besoldung im Sinne des Satz 1. Bei der Ermittlung nach Satz 1 werden nur Dienstbezüge und sonstige Bezüge mit Ausnahme von vermögenswirksamen Leistungen berücksichtigt, die der anteiligen Kürzung nach § 6 Abs. 1 des Hessischen Besoldungsgesetzes unterliegen.

#### § 6

##### Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2016 in Kraft.

#### Artikel 2<sup>3)</sup>

##### Änderung der Hessischen Mehrarbeitsvergütungsverordnung

§ 2 der Hessischen Mehrarbeitsvergütungsverordnung in der Fassung vom 3. Dezember 1998 (BGBl. I S. 3494) in der am 31. August 2006 geltenden Fassung, zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. November 2013 (GVBl. S. 578), wird wie folgt geändert:

1. Abs. 1 Nr. 4 wird aufgehoben.
2. In Abs. 2 werden nach dem Wort „Bereichen“ die Wörter „mit Ausnahme des Polizeivollzugsdienstes“ eingefügt.
3. Abs. 3 wird wie folgt geändert:
  - a) In Satz 2 werden nach dem Wort „sind,“ die Wörter „mit Ausnahme des Polizeivollzugsdienstes“ eingefügt.
  - b) In Satz 3 werden nach der Angabe „A 8“ die Wörter „mit Ausnahme des Polizeivollzugsdienstes“ eingefügt.

#### Artikel 3

##### Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2016 in Kraft.

Wiesbaden, den 6. Juli 2016

Der Hessische Minister  
des Innern und für Sport

Beuth

<sup>3)</sup> Ändert FFN 323-159

**Verordnung  
zur Änderung der Verordnung über Zuständigkeiten in beamtenrechtlichen  
Personalangelegenheiten im Geschäftsbereich des Kultusministeriums\*)**

**Vom 13. Juli 2016**

Aufgrund

1. des § 22 Abs. 3 Satz 1 des Hessischen Reisekostengesetzes vom 9. Oktober 2009 (GVBl. I S. 397), zuletzt geändert durch Gesetz vom 16. Dezember 2015 (GVBl. S. 594),
2. des § 14 des Hessischen Umzugskostengesetzes vom 26. Oktober 1993 (GVBl. I S. 464), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. Juli 2015 (GVBl. S. 318),
3. des § 54 Abs. 3 Satz 2 des Beamtenstatusgesetzes vom 17. Juni 2008 (BGBl. I S. 1010), geändert durch Gesetz vom 5. Februar 2009 (BGBl. I S. 160),

verordnet der Kultusminister:

Artikel 1

§ 13 der Verordnung über Zuständigkeiten in beamtenrechtlichen Personalangelegenheiten im Geschäftsbereich des Kultusministeriums vom 10. April 2015 (GVBl. S. 182) wird wie folgt gefasst:

„§ 13

Der Hessischen Bezügestelle werden für die Bediensteten des Geschäftsbereichs des Kultusministeriums folgende Befugnisse übertragen:

1. Reisekosten nach dem Hessischen Reisekostengesetz zu erstatten,
2. Umzugskostenvergütung zu gewähren und die in § 14 Nr. 2 bis 4 des Hessischen Umzugskostengesetzes genannten Entscheidungen zu treffen,
3. Trennungsgeld zu bewilligen und zu gewähren,
4. über Widersprüche gegen Entscheidungen nach Nr. 1 bis 3 zu befinden.“

Artikel 2

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 15. Juni 2016 in Kraft.

Wiesbaden, den 13. Juli 2016

Der Hessische Kultusminister  
Prof. Dr. Lorz

\*) Ändert FFN 320-203

**Dritte Verordnung  
zur Änderung der Börsenverordnung\*)  
Vom 13. Juli 2016**

Aufgrund

1. des § 4 Abs. 6 des Börsengesetzes vom 16. Juli 2007 (BGBl. I S. 1330, 1351), zuletzt geändert durch Gesetz vom 30. Juni 2016 (BGBl. I S. 1514), in Verbindung mit § 17 Nr. 1 der Delegationsverordnung vom 12. Dezember 2007 (GVBl. I S. 859), zuletzt geändert durch Verordnung vom 16. Dezember 2015 (GVBl. S. 594),
2. des § 13 Abs. 4 Satz 1 und 2 des Börsengesetzes in Verbindung mit § 17 Nr. 3 der Delegationsverordnung und
3. des § 22 Abs. 1 Satz 1 und 3 des Börsengesetzes in Verbindung mit § 17 Nr. 4 der Delegationsverordnung

verordnet der Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung, soweit die Verordnung Vorschriften im Sinne des § 13 Abs. 4 Satz 1 des Börsengesetzes enthält, nach Anhörung des Börsenrates der Frankfurter Wertpapierbörse und des Börsenrates der Eurex Deutschland:

Artikel 1

Die Börsenverordnung vom 16. Dezember 2008 (GVBl. I S. 1061), zuletzt geändert durch Verordnung vom 12. März 2013 (GVBl. S. 128), wird wie folgt geändert:

1. § 1 Abs. 2 Nr. 1 Buchst. a Doppelbuchst. bb wird wie folgt gefasst:
  - „bb) wegen eines Verstoßes gegen
    - aaa) das Kreditwesengesetz in der Fassung vom 9. September 1998 (BGBl. I S. 2776), zuletzt geändert durch Gesetz vom 30. Juni 2016 (BGBl. I S. 1514),
    - bbb) das Wertpapierhandelsgesetz in der Fassung vom 9. September 1998 (BGBl. I S. 2708), zuletzt geändert durch Gesetz vom 30. Juni 2016 (BGBl. I S. 1514),
    - ccc) das Börsengesetz,
    - ddd) das Depotgesetz in der Fassung vom 11. Januar 1995 (BGBl. I S. 34), zuletzt geändert durch Verordnung vom 30. Juni 2016 (BGBl. I S. 1514),
    - eee) das Geldwäschegesetz vom 13. August 2008 (BGBl. I S. 1690), zuletzt geändert durch Gesetz vom 11. April 2016 (BGBl. I S. 720), oder

fff) das Kapitalanlagegesetzbuch vom 4. Juli 2013 (BGBl. I S. 1981), zuletzt geändert durch Gesetz vom 30. Juni 2016 (BGBl. I S. 1514),

in den jeweils geltenden Fassungen oder“

2. In § 4 Nr. 2 wird das Wort „Kapitalanlagegesellschaften“ durch „Kapitalverwaltungsgesellschaften“ ersetzt.
3. In § 10 Abs. 2 Satz 2 wird die Angabe „20. Dezember 2012 (BGBl. I S. 2751)“ durch „10. Mai 2016 (BGBl. I S. 1142)“ ersetzt.
4. In § 20 Abs. 3 Satz 3 wird die Angabe „Satz 3“ durch „Satz 2“ ersetzt.
5. In § 23 Abs. 2 Satz 1 werden nach dem Wort „Fassung“ die Wörter „der Bekanntmachung“ eingefügt und die Angabe „6. Dezember 2011 (BGBl. I S. 2515)“ durch „Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474)“ ersetzt.
6. § 24 wird wie folgt geändert:
  - a) Dem Abs. 3 werden folgende Sätze angefügt:
 

„Werden Verfahren zur gemeinsamen Verhandlung und Entscheidung verbunden, wird das Verfahren unter dem älteren Verfahren fortgesetzt mit den für dieses Verfahren bestimmten beisitzenden Mitgliedern. Die Heranziehung der beisitzenden Mitglieder des jüngeren Verfahrens endet. Die Akten des jüngeren Verfahrens werden als Beiakten mit dem weiterzuführenden Verfahren geführt. Bei einer Trennung von Verfahren kann das vorsitzende Mitglied für das abgetrennte Verfahren dieselben beisitzenden Mitglieder bestimmen.“
  - b) In Abs. 4 werden nach Satz 2 folgende Sätze eingefügt:
 

„Der Verhinderungsfall bedarf der unverzüglichen Anzeige durch das vorsitzende Mitglied bei der Börsengeschäftsführung. Unterbleibt die Anzeige binnen vier Wochen trotz Verhinderung, stellt die Börsenaufsichtsbehörde den Verhinderungsfall verbindlich fest.“
7. § 25 wird wie folgt gefasst:

„§ 25

Einleitung des Sanktionsverfahrens

Die Börsengeschäftsführung oder die Börsenaufsichtsbehörde leitet das Sanktionsverfahren mit der Abgabe eines Verfahrens an den Sanktionsausschuss ein. Der Inhalt der Abgabeverfügung bestimmt die Beteiligten und den Gegenstand des Sanktionsverfahrens.

\*) Ändert FFN 54-54

rens. Ein Verfahren kann mehrere Verstöße im Sinne des § 22 Abs. 2 des Börsengesetzes zum Gegenstand haben. Die Börsengeschäftsführung oder die Börsenaufsichtsbehörde kann auch nach Abgabe an den Sanktionsausschuss das Verfahren nachträglich auf weitere Personen oder weitere Verstöße im Sinne von § 22 Abs. 2 BörsG erstrecken. Die Abgabeverfügung soll folgende Angaben zu den Beteiligten und den Verstößen enthalten:

1. zustellungsfähige Anschrift der Beteiligten,
2. Beteiligung an anderen Sanktionsverfahren,
3. bei Handelsteilnehmern das Datum ihrer Zulassung zur Teilnahme am Börsenhandel,
4. Tatsachen, aus denen sich ein Verstoß gegen börsenrechtliche Vorschriften ergibt,
5. sonstige der abgebenden Stelle bekannten Tatsachen, die für die Entscheidung in der Sache einschließlich der Art und der Höhe der

Sanktionsmaßnahme bedeutsam sein können und

6. die börsenrechtlichen Vorschriften, deren Verletzung Gegenstand der Abgabeverfügung ist.“
8. In § 30 Abs. 4 Satz 3 wird die Angabe „30. Juli 2009 (BGBl. I S. 2449)“ durch „10. Dezember 2015 (BGBl. I S. 2218)“ ersetzt.
9. In § 32 Abs. 4 Satz 2 wird die Angabe „vom 12. Januar 2004 (GVBl. I S. 36), geändert durch Gesetz vom 9. Juli 2009 (GVBl. I S. 253)“ durch „der Bekanntmachung vom 12. Januar 2004 (GVBl. I S. 36), zuletzt geändert durch Gesetz vom 13. Dezember 2012 (GVBl. S. 622)“ ersetzt.
10. In § 33 wird jeweils die Angabe „3. April 2013“ durch „27. Juli 2016“ ersetzt.

#### Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

---

Wiesbaden, den 13. Juli 2016

Der Hessische Minister für Wirtschaft,  
Energie, Verkehr und Landesentwicklung

Al-Wazir

**Bekanntmachung**  
**über das Inkrafttreten des Abkommens zur Änderung des Abkommens über die**  
**Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik\*)**  
**Vom 14. Juli 2016**

Nach § 2 Abs. 2 des Gesetzes zu dem Abkommen zur Änderung des Abkommens über die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik vom 18. Mai 2016 (GVBl. S. 62, 92) wird hiermit bekannt gegeben, dass der Staatsvertrag nach seinem § 2 am 1. Juli 2016 in Kraft getreten ist.

Wiesbaden, den 14. Juli 2016

Der Hessische Ministerpräsident  
Bouffier

---

\*) FFN Anhang Staatsverträge

**Veröffentlichung  
des Präsidenten des Hessischen Landtags  
über die Beträge der Entschädigungen der Abgeordneten und von Leistungen  
nach dem Hessischen Abgeordnetengesetz zum 1. Juli 2016\***

**Vom 12. Juli 2016**

Aufgrund von § 5 Abs. 3 Satz 4 und § 6 Abs. 1 Satz 2 Nr. 5 Satz 6 und § 9 Abs. 1 Satz 2 in Verbindung mit § 5 Abs. 3 Satz 4 des Hessischen Abgeordnetengesetzes (HessAbgG) vom 18. Oktober 1989 (GVBl. I S. 261), zuletzt geändert durch Gesetz vom 29. Juni 2016 (GVBl. S. 107), wird Folgendes veröffentlicht:

Nach § 5 Abs. 3 Satz 3, § 6 Abs. 1 Satz 2 Nr. 5 Satz 5 und § 9 Abs. 1 Satz 2 in Verbindung mit § 5 Abs. 3 Satz 3 HessAbgG hat das Hessische Statistische Landesamt dem Präsidenten des Landtags die prozentuale Veränderung der nach § 5 Abs. 3 Satz 2 HessAbgG ermittelten Einkommensentwicklung in Hessen sowie die durchschnittliche Veränderungsrate des Verbraucherpreisindex des abgelaufenen Jahres mitzuteilen.

In der entsprechenden Mitteilung des Landesamtes wird – wobei die Veränderungen im Jahr 2015 gegenüber 2014 heranzuziehen sind – die Veränderungsrate der Einkommensentwicklung mit 2,2 v.H. beziffert.

Gemessen am Verbraucherpreisindex für Hessen betrug die durchschnittliche Veränderungsrate des abgelaufenen Jahres 0,2 v.H.

Die Kostenpauschale der Abgeordneten wird nach § 6 Abs. 1 Satz 2 Nr. 5 Satz 3 zum 1. Juli 2016 an die Preisentwicklung in Hessen angepasst. Die Entschädigungen der Abgeordneten und

Leistungen werden nach § 5 Abs. 1 Satz 2, Abs. 2 Satz 2 und Abs. 2 Satz 3 sowie § 9 Abs. 1 Satz 1 in Verbindung mit § 5 Abs. 2 Satz 2 HessAbgG zum 1. Juli 2016 angepasst. Danach beträgt die Erhöhung 1 %.

Demnach betragen ab 1. Juli 2016

- die Grundentschädigung  
(§ 5 Abs. 1 Satz 2 HessAbgG) 7.583 €
- der steuerpflichtige Auszahlungsbetrag der Grundentschädigung  
(§ 5 Abs. 2 Satz 2 HessAbgG)  
sowie das Übergangsgeld  
(§ 9 Abs. 1 Satz 1 HessAbgG) 7.562 €
- die steuerpflichtigen Auszahlungsbeträge der nicht versorgungsfähigen Amtszulagen für den Präsidenten des Landtags und die Fraktionsvorsitzenden 3.781 €  
sowie für die Vizepräsidentinnen und Vizepräsidenten 1.891 €  
(§ 5 Abs. 2 Satz 3 HessAbgG).
- die Kostenpauschale  
(§ 6 Abs. 1 Satz 2 Nr. 5 Satz 2 HessAbgG) 587 €.

Darüber hinaus hat eine Erhöhung finanzielle Auswirkungen, soweit die Berechnung von Versorgungsleistungen nach Bestimmungen des hessischen Abgeordnetenrechts an der Anpassung zu bemessen ist.

Wiesbaden, den 12. Juli 2016

Der Präsident des Hessischen Landtags

Kartmann

---

**Absender: A. Bernecker Verlag GmbH**  
**Unter dem Schöneberg 1**  
**34212 Melsungen**  
**PVSt, DPAG**  
**Entgelt bezahlt**

**Herausgeber:** Hessische Staatskanzlei, Wiesbaden  
**Verlag:** A. Bernecker Verlag GmbH,  
Unter dem Schöneberg 1, 34212 Melsungen,  
Telefon (0 56 61) 7 31-0, Fax (0 56 61) 73 14 00  
ISDN: (0 56 61) 73 13 61, Internet: [www.bernecker.de](http://www.bernecker.de)

**Druck:** Bernecker MediaWare AG  
Unter dem Schöneberg 1, 34212 Melsungen,  
Telefon (0 56 61) 7 31-0, Fax (0 56 61) 73 12 89

**Vertrieb und Abonnementverwaltung:**  
A. Bernecker Verlag GmbH, Unter dem Schöneberg 1,  
34212 Melsungen, Tel.: (0 56 61) 7 31-4 65, Fax: (0 56 61) 7 31-4 00  
E-Mail: [aboverwaltung@bernecker.de](mailto:aboverwaltung@bernecker.de)

**Bezugsbedingungen:** Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement.  
Bezugszeit ist das Kalenderjahr. Abbestellungen zum 31. Dezember  
müssen spätestens am 15. November schriftlich beim Verlag vorlie-  
gen. Fälle höherer Gewalt, Streik, Aussperrung und dergleichen ent-  
binden den Verlag von der Verpflichtung auf Erfüllung von Aufträ-  
gen und Schadensersatzleistungen.

**Bezugspreis:** Der jährliche Bezugspreis beträgt 62 EUR einschl.  
MwSt. und Versand. Einzelausgaben kosten bis zu einem Umfang  
von 16 Seiten EUR 3,83. Bei stärkeren Ausgaben erhöht sich der  
Preis um 3,06 EUR je zusätzlich angefangener 16 Seiten. Die Preise  
verstehen sich inkl. MwSt. und zzgl. Porto und Verpackung.

---